

Ist die Wahl schon entschieden?

SPIEGEL-Umfrage im Wahljahr 1990 (VI): Die politische Situation im Juni

Die doppelten Deutschen sind darüber uneinig, ob sich die Bundesbürger aufs einig Vaterland freuen sollen.

Das zeigte sich, als das Bielefelder Emnid-Institut drüben und hüben fragte, ob die Vereinigung für die Deutschen in der Bundesrepublik „mehr Vorteile oder mehr Nachteile“ bringen werde.

In der DDR meinte eine Zwei-Drittel-Mehrheit (64 Prozent): „mehr Vorteile“.

In der Bundesrepublik entschied sich eine Zwei-Drittel-Mehrheit (63 Prozent) für die Gegenmeinung: „mehr Nachteile“.

Emnid stellte noch eine Reihe weiterer Fragen in beiden Teilen Deutschlands. In der BRD schickte das Institut seine eigenen Leute aus, in der DDR wa-

ren Interviewer des Ost-Berliner Instituts Usuma mit dem Bielefelder Fragebogen unterwegs.

Insbesondere das gemeinsame Geld, das es von der nächsten Woche an gibt, führt zu den deutsch-deutschen Meinungsdifferenzen.

Über die Zukunft der D-Mark denken die Ost-Deutschen anders als die West-Deutschen, wie das Bielefelder Institut im vorigen Monat erstmals ermittelt hatte und wie sich nun erhärtete. Hier macht sich eine knappe Mehrheit (51 Prozent) Sorgen um ihre Wohlstandswährung, dort ist eine große Mehrheit (81 Prozent) davon überzeugt, daß die gesamtdeutsche D-Mark so stabil bleiben wird, wie die bundesdeutsche es war.

In anderen Punkten stimmen die Ansichten der BRD- und der DDR-Deutschen ziemlich überein. Doch ist ihnen keineswegs eine Jubelstimmung gemeinsam, die sie ungeduldig und unkritisch der Einheit entgegenfiebert ließe.

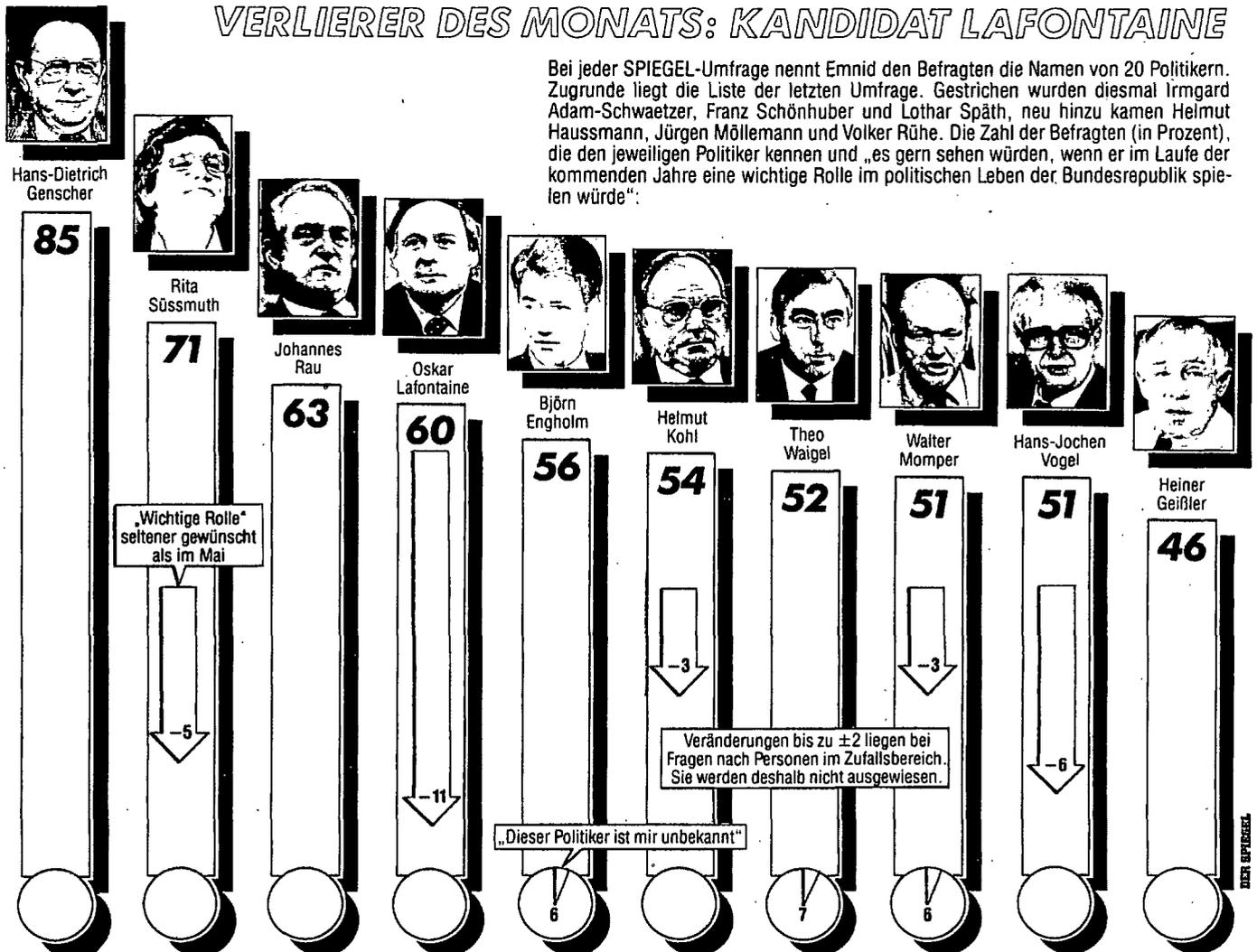
Mehr Weile und weniger Eile wäre den meisten schon recht. 64 von 100 BRD-, aber auch 55 von 100 DDR-Bürgern geht die Vereinigung „zu schnell“ oder sogar „viel zu schnell“.

Aber den meisten Deutschen ist das Ziel wichtiger als das Tempo, die Aussicht auf die Einheit wichtiger als die Nachteile, die sie nach vorherrschender Wessi-Meinung mit sich bringen wird.

Deshalb erklärten sich die meisten Befragten in Ost und West mit dem Kurs einverstanden, den Kanzler Kohl steuert.

VERLIERER DES MONATS: KANDIDAT LAFONTAINE

Bei jeder SPIEGEL-Umfrage nennt Emnid den Befragten die Namen von 20 Politikern. Zugrunde liegt die Liste der letzten Umfrage. Gestrichen wurden diesmal Irmgard Adam-Schwaetzer, Franz Schönhuber und Lothar Späth, neu hinzu kamen Helmut Haussmann, Jürgen Möllemann und Volker Rühle. Die Zahl der Befragten (in Prozent), die den jeweiligen Politiker kennen und „es gern sehen würden, wenn er im Laufe der kommenden Jahre eine wichtige Rolle im politischen Leben der Bundesrepublik spielen würde“:



Die Emnid-Interviewer verwiesen zunächst darauf, daß „die Vereinigung der beiden Teile Deutschlands viele schwierige Probleme mit sich bringt“, und fragten dann: „Wer ist besser geeignet, diese Probleme zu lösen, Kanzler Helmut Kohl oder Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine?“

In der Bundesrepublik sprachen sich 50, in der DDR sogar 53 Prozent der Befragten für Kohl aus, hingegen lediglich 43 Prozent und 42 Prozent für Lafontaine.

Auf die Frage, für wen sie sich bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers entscheiden würden, nannten drüben 49, hüben 47 Prozent Kohl. Die entsprechenden Zahlen für Lafontaine: 45 und 44 Prozent.

Diese Kanzlerfrage hat Emnid in der Bundesrepublik schon des öfteren gestellt. Die Mehrheit wechselte in diesem Monat, bislang hatte immer Lafontaine vorn gelegen.

Da wirkte sich der Streit um den deutsch-deutschen Staatsvertrag aus, der wochenlang zwischen Lafontaine und großen Teilen seiner Partei ausgetragen wurde und in dem der Kandidat keine gute Figur machte.

Und auch als gefragt wurde, welchen Politikern man eine „wichtige Rolle“ wünsche, war das Ergebnis für Lafontaine schlechter als im Mai. Kein anderer Politiker verlor soviel Zuspruch wie er.

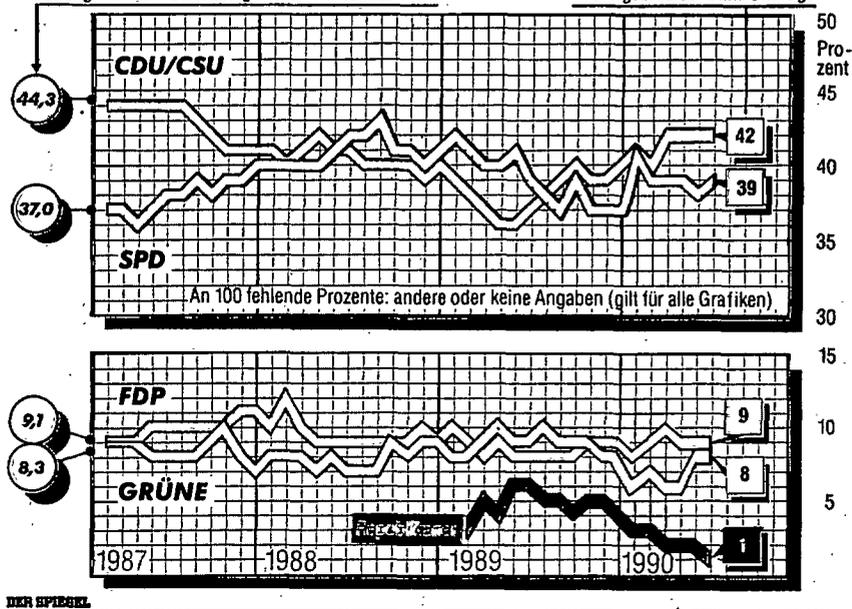
Nach dem Attentat in Köln hatte Lafontaine so viele Sympathien gewonnen, daß er zur Spitze – zu Genscher und Rita Süßmuth – aufschloß; nun ist er wieder ins Feld der anderen zurückgefallen, und der Abstand zu seinem Rivalen Kohl macht nicht mehr 14, sondern nur noch 6 Prozent aus.

PARTEIEN IM JUNI: STABILE MEHRHEIT FÜR KOALITION

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“ Diese „Sonntagsfrage“ wird bei jeder politischen Umfrage gestellt. Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 und die Emnid-Zahlen von Februar 1987 bis Juni 1990:

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom Januar 1987

Das Ergebnis der Juni-Umfrage

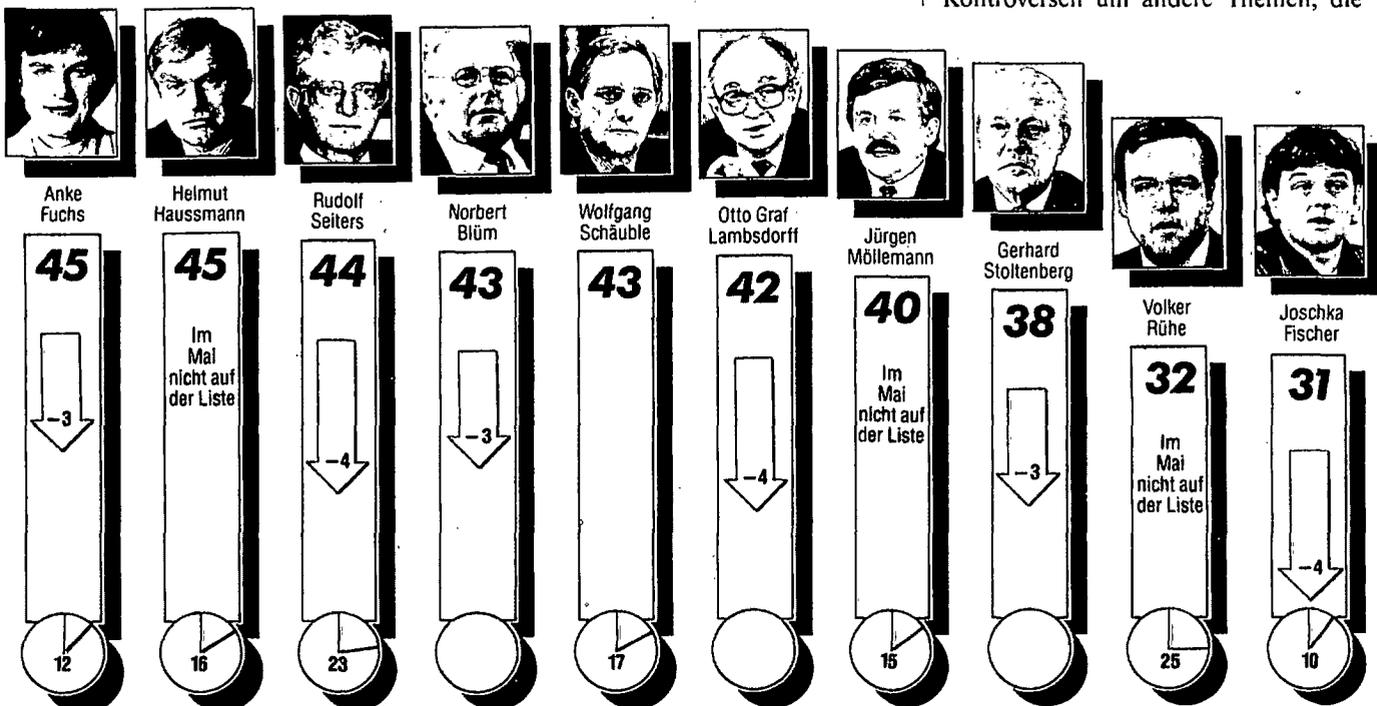


Lafontaines Einbuße an Popularität wäre noch deutlicher geworden, hätte es in diesem Monat nicht eine Minus-Welle gegeben. Weitere 10 der 17 Politiker, die auch im Mai auf der Emnid-Liste gestanden hatten, verloren zwischen 3 und 6 Prozent, und kein einziger Politiker gewann Sympathien hinzu.

Ähnliche Ergebnisse hatte auch die Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen“ dem ZDF gemeldet. Die Demoskopie-Institute tun sich schwer, solche Wel-

len zu erklären. Da treten methodische Mängel zutage, die bislang nicht ergründet wurden.

In diesem Monat dürfte aber ein politischer Grund von Belang sein. Den Streit in der SPD um den Staatsvertrag versuchten die Regierungsparteien – insbesondere die CDU/CSU – zu nutzen, um den SPD-Genossen jedwede Kompetenz in der nationalen Frage abzusprenken. Diese Auseinandersetzung war heftiger und dauerte länger als die Kontroversen um andere Themen, die



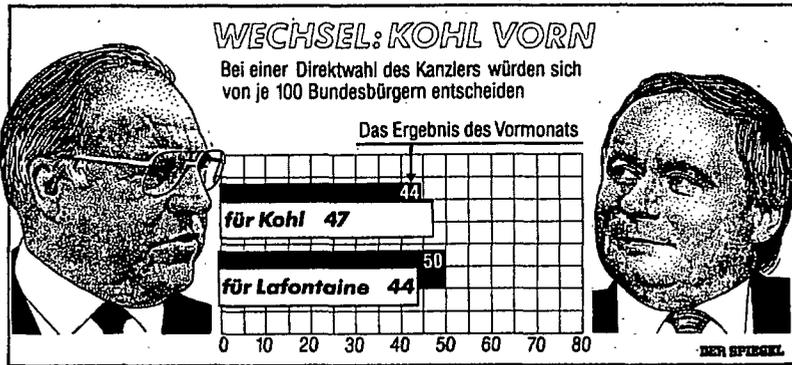
es in letzter Zeit gab. Deshalb hat diese Debatte die Deutschen polarisiert. Viele, die bislang noch für den einen oder anderen Politiker der Gegenseite Sympathien empfanden, sehen in ihm nur noch den Gegner.

Während sich die Sympathie-Daten vieler Politiker verändert haben, sind die Zahlen für die Parteien in etwa gleich geblieben. Als das Institut die „Sonntagsfrage“ stellte („Welche Partei würden Sie wählen, wenn...“), ergaben sich für drei der vier Bundestagsparteien im Juni die gleichen Zahlen wie im Mai. Nur die von vielen Leitartiklern in eine tiefe Krise geschickte SPD kam von 38 auf 39 Prozent.

Auch die Ansichten darüber, für welche Partei das politische Klima „besonders günstig“ sei, haben sich kaum verändert. Da unterscheidet sich die Volksmeinung von der in vielen Zeitungen veröffentlichten Meinung.

Wer erwartet hatte, daß sich der Konflikt zwischen Lafontaine und seiner Partei nicht nur für den Kandidaten, sondern auch für die SPD negativ auswirken müßte, verkennt, wie stabil die politische Einstellung weitaus der meisten Bundesbürger zu „ihrer“ Partei ist.

Die Sympathien vieler Bundes-Deutscher erhöhen oder vermindern sich entsprechend dem jeweiligen Eindruck, den ein Politiker auf sie macht. Starke Schwankungen vor allem bei solchen Spitzenfiguren wie Kohl und Lafon-



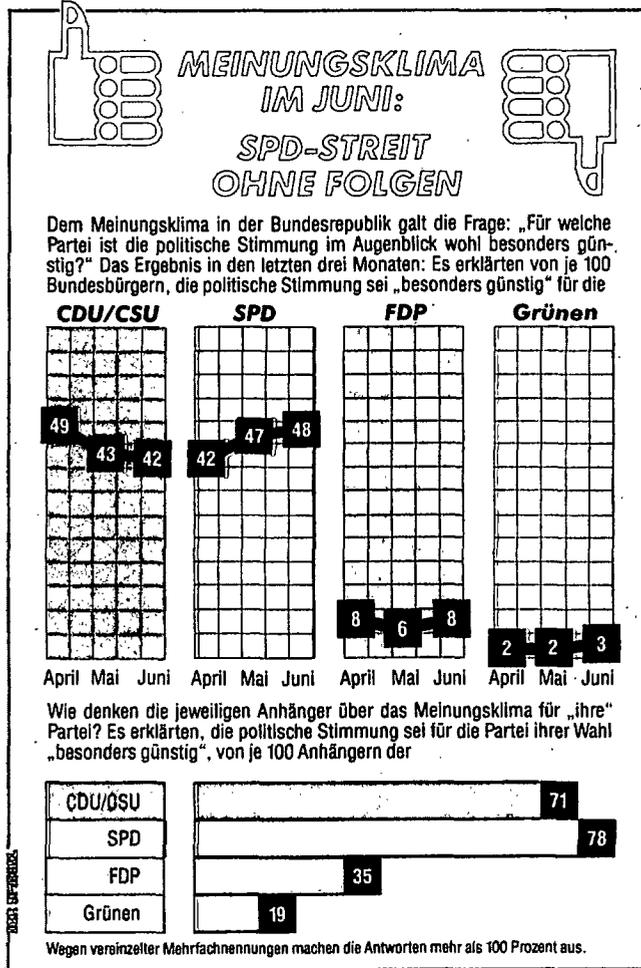
taine sind die Regel, gleichbleibende Zahlen wie für Genscher die Ausnahme.

Hingegen muß sehr viel geschehen, bevor sich eine größere Zahl von Bundesbürgern entschließt, die Partei ihrer Wahl zu wechseln. Und soviel geschieht eben derzeit nicht, starke Worte allein setzen Wähler noch nicht von der einen Partei zu einer anderen in Bewegung.

Überdies wird weithin nicht unterschieden zwischen einzelnen Auftritten und Äußerungen Lafontaines, die auch dessen eigene Anhänger schrecken oder verwirren, und seinem politischen Kurs, der trotz aller Zicks und Zacks zu erkennen ist. Und mit seiner Kritik an Kohls forscher Einheitspolitik trifft er die Grundstimmung einer starken Minderheit, die zwar nicht gegen die Vereinigung, aber gegen viele Begleitumstände und drohende Folgen ist.

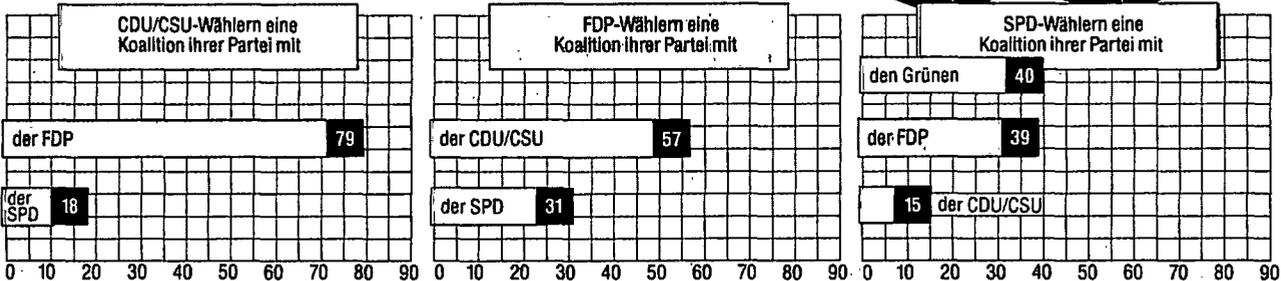
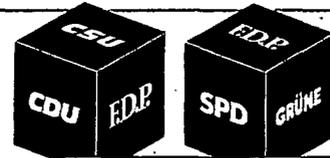
In Lafontaines eigenen Reihen überwiegt diese Grundstimmung sogar. Die meisten Anhänger der SPD und der Grünen (61 und 59 Prozent) machen sich Sorgen um die D-Mark, während die meisten Anhänger der CDU/CSU und der FDP an deren Stabilität glauben (62 und 64 Prozent).

„Zu schnell“ oder „viel zu schnell“ kommt die Vereinigung zwar nur knapp der Hälfte der Unions- und der FDP-Wähler (45 und 48 Prozent), aber großen Mehrheiten der SPD- und der Grün-Anhänger (82 und 80 Prozent). Die Auseinandersetzung um den



WER SOLL MIT WEM?

Nach der Juni-Umfrage des Emnid-Instituts haben die Republikaner nicht mehr so viele Anhänger, daß diese Partei in den Bundestag gelangen würde, demnach bliebe es bei einem Vier-Parteien-Parlament. Es wünschen von je 100

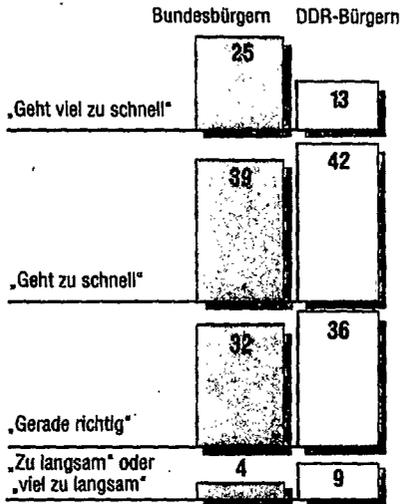


DEN MEISTEN GEHT'S ZU SCHNELL

Mehrere Fragen nach der Währungsunion und der deutschen Einigung stellte Emnid sowohl in

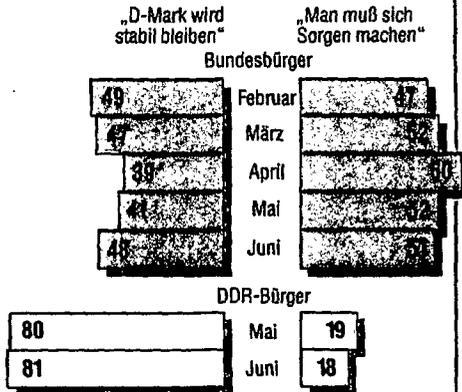
der Bundesrepublik als auch – mit Hilfe des Ost-Berliner Instituts Usama – in der DDR.

Auf die Frage nach dem Tempo der Vereinigung Deutschlands antworteten von je 100



Im Westen überwiegt die Sorge

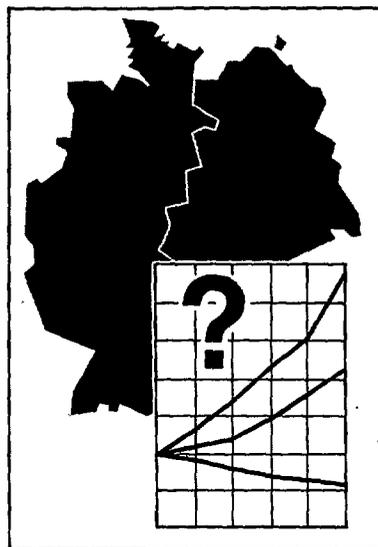
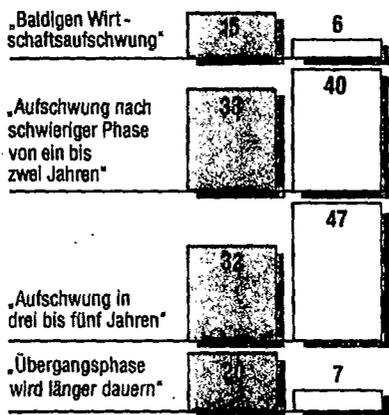
Zum fünften Mal fragte Emnid Bundesbürger, zum zweiten Mal DDR-Bürger: „Wird die D-Mark bei einer Währungsunion so stabil bleiben wie bisher, oder muß man sich Sorgen machen?“ Die Antwort (in Prozent):



Aufschwung bald oder später?

„Wie wird sich die Wirtschaft der DDR nach der Währungsunion entwickeln?“

Vier Antworten standen zur Wahl: Es erwarten von je 100 Bundesbürgern DDR-Bürgern



Staatsvertrag hat Lafontaines Ansehen geschadet, aber die Situation der SPD nicht noch weiter verschlechtert. Sie ist so schlecht geblieben wie in den vergangenen Monaten. Solange die Zahl ihrer Anhänger konstant unter 40 Prozent bleibt und die beiden Koalitionsparteien deutlich vor den beiden Oppositionsparteien liegen (im Juni mit 51 gegenüber 47 Prozent), ist es ziemlich verwegen, auf einen Machtwechsel in Bonn zu hoffen. Würde nichts geschehen, so wäre die nächste Wahl für die SPD und ihren Kanzlerkandidaten schon verloren.

Aber vielleicht geht ja die SPD irgendwann vom Warten auf Wähler zum Werben um Wähler über. Dann müßte zuvörderst der Kandidat mit einem Konzept für die nahe gesamtdeutsche Zukunft dantun, daß er die Politik seines Gegners Kohl durch eine bessere zu ersetzen vermag.

Die Perspektiven der CDU/CSU haben sich dadurch verbessert, daß die Republikaner lange vor der Wahl zu einer Splitterpartei geschrumpft sind. Etliche Unionswähler sind von einem Ausflug zu den Rechtsradikalen zurückgekehrt.

Und viel spricht dafür, daß die CDU/CSU auf einen höheren Anteil der Stimmen rechnen kann, wenn es im Dezember zu einer gesamtdeutschen statt zu einer bundesdeutschen Wahl kommt. Bei der Volkskammerwahl in der DDR lagen die CDU und die beiden anderen Allianzparteien (DSU und Demokratischer Aufbruch) weit vor der SPD.

Aber keine Partei kann ihrer Anhänger drüben sicher sein. Noch sind viele Bürger der DDR intensiv dabei, sich politisch zu orientieren. Die derzeitige Unsicherheit über die Folgen der Währungsunion hindert überdies viele, sich schon auf eine Partei festzulegen. Die Erkenntnis aus etlichen Umfragen, auf eine Formel gebracht: In der BRD gibt es weit mehr Stamm-, in der DDR einstweilen weit mehr Wechselwähler.

Die dortige Grundstimmung versuchte Emnid mit der Frage zu erforschen, „ob die künftige Entwicklung in der DDR eher mit Hoffnung oder eher mit Sorge erfüllt“. Das Ergebnis ist eindeutig: 67 Prozent wählten „Hoffnung“, 33 Prozent „Sorge“.

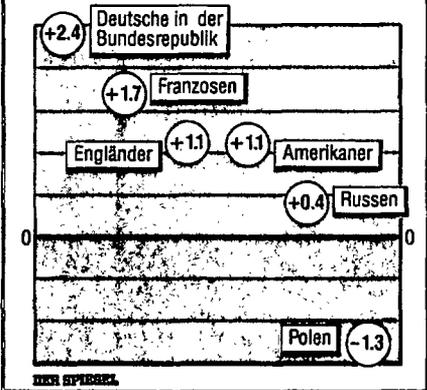
Zwei Fragen richtete Emnid speziell an die Berufstätigen unter den Befragten. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung ist in der DDR größer als in der Bundesrepublik (52 gegenüber 46 Prozent).

Sie sollten sich darüber äußern, wie es um ihren Arbeitsplatz bestellt ist. Die Zahl derjenigen, die bereits arbeitslos sind, ist noch so niedrig, daß sie bei Umfragen nicht zutage tritt. Sie liegt nach neuerer Statistik bei 130 000, also bei etwa 1,5 Prozent der Berufstätigen. Unter



**DDR-BÜRGER:
DIE POLEN TIEF IM MINUS**

Emnid fragte in der DDR anhand einer Sympathieskala mit Werten von +5 bis -5 nach der Einstellung zu den Bundesbürgern, zu vier europäischen Völkern und zu „den Amerikanern“. Die Durchschnittswerte:



denen, die in Lohn und Brot stehen, gibt es viel Ungewißheit.

Zwar ist eine Mehrheit von 58 Prozent ihres Arbeitsplatzes sicher („völlig“ 14, „ziemlich“ 44 Prozent). Aber eine beträchtliche Minderheit von 40 Prozent ist unsicher (32 Prozent „ziemlich“, 8 Prozent „völlig“). In absoluten Zahlen: 3,5 Millionen DDR-Bürger wissen nicht, ob die Arbeitslosigkeit auch sie treffen wird.

Eine weitere Frage galt den „neuen beruflichen Anforderungen, wie sie die Vereinigung Deutschlands mit sich bringt“.

Nur jeder dritte berufstätige DDR-Bürger nimmt an, daß er mit seinem derzeitigen Fachwissen hinreichend gerüstet ist. Jeder zweite glaubt, daß er sich „gezielt weiterbilden“ muß, und jeder sechste (16 Prozent) nimmt sogar an, daß er nicht umhin kommt, den Beruf zu wechseln.

Zum erstenmal erforschte Emnid in der DDR die Einstellung zu Ausländern – anhand einer Skala mit Werten von +5 bis -5. Die DDR-Bürger wurden, des Vergleichs wegen, auch nach ihrer Meinung über die BRD-Deutschen gefragt.

Die stehen, wie zu erwarten war, oben an. Die Amerikaner sind weit populärer als die Russen, aber auch zu denen ist die Einstellung – wohl dank Gorbatschow – überwiegend positiv.

Emnid ermittelte nur einen einzigen Minuswert, der allerdings weit unter Null liegt (-1.3 Punkte):

Die Polen sind in der DDR noch weit unbeliebter als hierzulande die Türken.

Bundeswehr

Dramatischer Einbruch

Das Feindbild ist dahin, die Stimmung in der Bundeswehr schlecht wie nie – so eine Geheimstudie des Verteidigungsministeriums.

Der General gab einen optimistischen Lagebericht. „Die veränderte politische Lage“, so Brigadegeneral Eckehardt Richter auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr, habe bei den Soldaten „keine spürbare Verringerung der Motivation“ bewirkt. Richter, Beauftragter für Erziehung und Ausbildung, sagte seinen Kameraden nicht die volle Wahrheit – auf Weisung des Generalinspektors. Ihm lag zum Zeitpunkt seines Vortrages nämlich schon eine Studie des Streitkräfteamtes vor, die zu ganz anderen Ergebnissen kommt.

Nach der Revolution in der DDR hält nur noch jeder zweite Soldat die Bundeswehr für „wichtig“; vor einem Jahr – kurz vor dem Fall der Mauer in Berlin – waren es noch 65 Prozent. „Das ist ein dramatischer Einbruch“, urteilte ein Generalstabsoffizier.

Das „Klima in den Streitkräften“ ist auch nicht „erfreulich stabil“, wie Richter den Kommandeuren erzählte, sondern mehr als mies. Fast die Hälfte der Wehrpflichtigen und mehr als 40 Prozent der Freiwilligen schimpfen, es herrsche „häufig oder fast immer“ ein „schlechtes Klima“ und „emotionale Kälte“.

Generalinspekteur Dieter Wellershoff hielt die Umfrageergebnisse für so verheerend, daß er seinem Erziehungsbeauftragten die Weisung gab, die Studie auf der Kommandeurstagung nicht zu erwähnen. Erst am vergangenen Freitag, eineinhalb Wochen nach dem Generals-treffen, durfte die zur „Verschlußsache“ erklärte Untersuchung einigen Offizieren der Hardthöhe zur Auswertung übergeben werden.

Die Antworten von fast 10 000 Soldaten – vom Wehrpflichtigen mit 15 Monaten Dienstzeit bis zum Offizier auf Zeit mit 15 Jahren – stehen im krassen Gegensatz zu den bisherigen Beteuerungen des Verteidigungsministers und seines Generalinspektors, trotz des verlorengegangenen Feindbildes sei die Stimmung in der Truppe prima, Personallage und Ausrüstung der Streitkräfte seien besser denn je.

In den Aussagen der wehrpflichtigen Soldaten, notierten die Soziologen des Streitkräfteamtes, nehmen „Klagen über antiquierten Führungsstil, mangelnde Mitmenschlichkeit und zum Teil menschenverachtende Umgangsformen breiten Raum ein“. Während der Grundausbildung fühlen sich Rekruten „oft als ‚Menschen zweiter Klasse‘ behandelt“. Das gebe „Anlaß zum Nachdenken“.

Nur 0,5 Prozent der Zeitsoldaten (2 bis 15 Jahre Dienstzeit) halten die Waffen und das Gerät, mit dem sie täglich kampfbereit sein sollen, für „sehr brauchbar“. Die Schulnoten „ausreichend“ und „ungenügend“ vergaben 65 Prozent. Bei den Soldaten mit nur 15 Monaten Erfahrung waren es sogar 77 Prozent.

Mit „Organisation und Leitung“ – eine Stärke des Militärs, wie die Generale



Bundeswehr-Soldaten im Manöver: „Negative Erfahrungen“